

1 Anträge

2 Sachgebiete

- 3 A Arbeit, Gesellschaft & Soziales
- 4 B Bildung
- 5 K Kommunalpolitik
- 6 U Umwelt & Verbraucherschutz
- 7 V Verband & Organisation

8

9 Inhaltsverzeichnis

- 10 A 1 Notsignalschalter an Bahnstationen
- 11 A 2 Eine neue Gemeinnützigkeit beim Wohnungsbau
- 12 B 1 Smash Antisemitism – Härtere Auseinandersetzung in Schulen jetzt!
- 13 B 2 Chancengleichheit stärken
- 14 B 3 Eine-Welt-Laden
- 15 B 4 Schüleraustausch mit afrikanischen Staaten
- 16 K 1 Umbenennung der S-Bahn-Station „Ostendstraße“ in „Alptug Sözen Station“
- 17 K 2 Aufnahme der Fleckenbühler in die Montagsrunde
- 18 K 3 Lückenschluss der U4 bis Ginnheim – „Ginnheimer Kurve“
- 19 K 4 Zweckentfremdungsverbot für 100% geförderten Wohnraum nutzen!
- 20 K 5 Geförderten Wohnungsbau in Frankfurt stärken
- 21 K 6 Kostenloser ÖPNV für Teilnehmer des BFD, FSJ und für FWDL
- 22 K 7 Sichere Hafenstadt Frankfurt
- 23 K 8 Durchführung einer Öffentlichkeitswirksamen „Renovierungsaktion“ an der Berthold-Otto-Schule in
- 24 Frankfurt Griesheim
- 25 K 9 Frankfurt Pass stärken
- 26 K 10 Resolution „Wohnraum dem Markt entziehen – Mietenwahnsinn stoppen“
- 27 K 11 Keine Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Schulbau
- 28 K 12 Städtepartnerschaften mit Städten in Entwicklungsländern
- 29 U 1 Europäische Standards für die Textilindustrie
- 30 U 2 Biologisch abbaubare Kunststoffe zum Schutz unserer Umwelt
- 31 V 1 Leichter Juso werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.
- 32 V 2 Leichter SPD-Mitglied werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.
- 33 V 3 Resolution: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Gremien der Jusos und SPD
- 34 V 4 Keine einseitige Werbung bei Mitgliederbefragungen
- 35 V 5 5 nach 12 – Neuaufstellung der SPD

36
37

Antrag A 1: Notsignalschalter an Bahnstationen

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	A - Arbeit, Gesellschaft & Soziales

38

39 **Notsignalschalter an Bahnstationen**

40 *Weiterleiten an:*

41 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
42 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

43
44 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

45
46 Festlegung einer Vorschrift für flächendeckende Notsignalschalter, an S-Bahn-Stationen und
47 Bahnsteigen der Deutschen Bahn in der Eisenbahn-Bau und Betriebsordnung (EBO). Die Vorschrift
48 soll eine festgeschriebene Anzahl an Notfallschalter in einem leicht erreichbaren Abstand an den
49 entsprechenden Bahnsteigen festlegen.

50 **Begründung**

51 Am 13. November 2018 hat sich ein tragischer Unfall an der S-Bahnstation Ostendstraße abgespielt.
52 Der 17-Jährige Alptug Sözen hat sein Leben gelassen, als er einen Obdachlosen aus dem Gleisbett
53 retten wollte. Einer der Augenzeugen hat in der FR einen Kommentar geschrieben, dass ein
54 Notsignalschalter fehlte, um den anfahrenden Zug zum halten zu bringen. Ein entsprechendes Modell
55 für Notsignalschalter gibt es bspw. bereits für U-Bahnstationen der VGF. Die Deutsche Bahn hat auf
56 die Kritik reagiert und darauf hingewiesen, es wäre ausreichend 112 zu wählen. Da die Deutsche Bahn
57 nicht selbstständig aus dieser tragischen Geschichte Konsequenzen zieht und handelt, liegt es an der
58 Politik. Eine Umbenennung der S-Bahnstation in Ehren von Alptug Sözen ist eine angemessene
59 symbolische Geste, aber es ist auch wichtig dafür zu sorgen, dass sich so etwas nie wieder
60 wiederholen kann. Eine feste Vorschrift für Notsignalschalter ist dafür der Anfang.

61 **Antrag A 2: Eine neue Gemeinnützigkeit beim**
62 **Wohnungsbau**
63

Antragsteller/in:	Paul Lüber (Ortsverein Bockenheim I), Alexander Paul (Ortsverein Nordweststadt-Süd), Tim Kornprobst (Ortsverein Niederrad)
Sachgebiet:	A - Arbeit, Gesellschaft & Soziales

64

65 **Eine neue Gemeinnützigkeit beim Wohnungsbau**

66 *Weiterleiten an:*

67 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
68 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

69
70 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

71

72

73 Die Wiedereinführung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gemäß des im Jahre 1988
74 aufgehobenen Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (WGG) zum Schutz von
75 Mieter*innen. Damit einher geht das Kostenmietprinzip, die Gewinnbeschränkung, die Zweckbindung
76 und der soziale Versorgungsauftrag für die betreffenden Wohnungsunternehmen.

77 **Begründung**

78

79 Eine neue Gemeinnützigkeit ist ein unabdingbares Instrument für die deutsche Wohnungspolitik, da
80 durch jene langfristig bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Die Gemeinnützigkeit war in
81 der Bundesrepublik Deutschland die zentrale Maßnahme, um die reine Profitorientierung beim
82 Wohnbau sowie der Vermietung zu verhindern. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen haben sich
83 dabei am Grundsatz der Kostendeckung statt der Gewinnmaximierung orientiert und der
84 Gewinnbeschränkung verpflichtet. Das erwirtschaftete Vermögen wurde vornehmlich in die
85 Weiterentwicklung der Wohnungsbestände investiert. So wurde vor allem unteren sowie mittleren
86 Einkommensschichten preiswerter Wohnraum geboten. Dies trug dazu bei, dass eine Vielzahl an
87 bezahlbaren Wohnungen von 1949 bis 1989 gebaut wurden. So wurde die Wohnungsnot der
88 Nachkriegsjahre beendet. Erst der Betrugsskandal um das Wohnungsunternehmen Neue Heimat trug
89 dazu bei, dass das Prinzip der Gemeinnützigkeit als solches ungerechtfertigt in Verruf geriet. Die
90 schwarz-gelbe Bundesregierung stellte die Wohnungsbauförderung nach dem WGG 1990 ohne Ersatz
91 ein auch mit dem Ziel, den Wohnungsmarkt den neoliberalen Wertvorstellungen eines kaum
92 eingeschränkten Marktes unterzuordnen. Dies ging mit dem Verkauf von Wohnungsbeständen des
93 Bundes, Landes und der Kommunen sowie dem massenhaften Auslaufen der Preisbindung
94 geförderten Wohnraums einher. Die Folgen waren und sind für den Wohnungsmarkt in Deutschlands
95 Städten katastrophal: Für Haushalte mit unteren oder mittleren Einkommen gibt es zu wenig
96 Wohnraum, die Mieten steigen kontinuierlich an. Der allergrößte Teil der ehemals der
97 Gemeinnützigkeit verpflichteten Wohnungsunternehmen haben sich der dem Prinzip der
98 Profitorientierung verschrieben. Sie kommen dem Ideal, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen,
99 nur noch in unzureichender Weise nach.

100 Somit ist neben deutlich mehr Wohnungsbau und der Erhöhung von geförderten
101 Wohnungsbeständen eine Erneuerung des Prinzips der Gemeinnützigkeit unabdinglich. Damit schaffe
102 der Bund erheblich bessere Rahmenbedingungen für eine sozial-orientierte
103 Wohnungspolitik in den Städten. Die Gemeinnützigkeit beim Wohnungsbau umfasste bis 1990
104 folgende Eigenschaften:

105 Um eine profitförmige Verwertung von Wohnraum zu verhindern, haben sich gemeinnützige
106 Wohnungsunternehmen bei der Mietpreisbildung am Grundsatz der Kostendeckung statt der
107 Gewinnmaximierung ausgerichtet (Kostenmietprinzip), die Verzinsung des Eigenkapitals auf maximal 4
108 % begrenzt (Gewinnbeschränkung), das Vermögen verbindlich in die fortwährende Weiterentwicklung
109 der Wohnungsbestände investiert (Zweckbindung) und als zu versorgende Zielgruppen untere und
110 mittlere Einkommensschichten definiert (Sozialer Versorgungsauftrag).^[1]

111 Diese Leitlinien haben sich darin bewährt, für Unternehmen die notwendigen Anreize zu schaffen,
112 damit sie im Sinne der Allgemeinheit Wohnraum schaffen und erhalten. Stimmen, welche die
113 Gemeinnützigkeit als nicht mehr zeitgemäßen Eingriff in den Markt betiteln, verkennen, dass die
114 Empirie das Gegenteil beweist. So hielt Österreich an seinen Gemeindewohnungen fest, die vor allem
115 von gemeinnützigen Trägern gebaut wurden. Diese Gemeindewohnungen werden nach nahezu
116 identischen Prinzip wie das der ehemals gültigen Gemeinnützigkeit errichtet: Für steuerliche
117 Vergünstigungen müssen die Bauunternehmer soziale Ziele beachten, Gewinne in
118 Wohnungsbestände investieren sowie überwiegend für niedrigere Einkommensschichten Wohnungen
119 mit günstigen Mieten schaffen. Das Ergebnis dieser stringent durchgehalten Politik lässt sich am
120 Beispiel Wiens sehen: Die Stadt gilt in ganz Europa und darüber hinaus als Vorbild für den
121 Wohnungsbau. Das ist der langjährige Erfolg der österreichischen Sozialdemokrat*innen, welche im
122 Sinne der Chancengerechtigkeit die Wohnungsfrage zugunsten der Mieter*innen und finanziell
123 weniger Privilegierten lösten. Dies und unsere eigene bundesdeutsche Geschichte sollte uns Beweis
124 genug sein, dass es die Pflicht der deutschen Sozialdemokrat*innen ist, für eine Neubelebung der
125 Gemeinnützigkeit einzutreten, wenn wir die gesellschaftlichen Solidarität in unseren Land fördern
126 wollen.

127

128

129 ^[1]Zitiert nach: Schipper, Sebastian: Postneoliberale Verschiebungen von Wohnungspolitiken in
130 Deutschland seit
131 2011?, [https://www.researchgate.net/publication/318178920 Postneoliberale Verschiebungen von W](https://www.researchgate.net/publication/318178920_Postneoliberale_Verschiebungen_von_Wohnungspolitiken_in_Deutschland_seit_2011)
132 [ohnungspolitiken in Deutschland seit 2011](https://www.researchgate.net/publication/318178920_Postneoliberale_Verschiebungen_von_Wohnungspolitiken_in_Deutschland_seit_2011)(01.12.18), S. 70.

133

134 **Antrag B 1: Smash Antisemitism – Härtere**
135 **Auseinandersetzung in Schulen jetzt!**
136

Antragsteller/in:	Rachid Khenissi (Ortsverein Eschersheim), Henry Dill (Ortsverein Bockenheim III)
Sachgebiet:	Bildung

137 **Smash Antisemitism – Härtere Auseinandersetzung in Schulen jetzt!**

138 *Weiterleiten an:*

139 SPD Frankfurt am Main, SPD-Fraktion im Römer, Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd,
140 Landeskonferenz Jusos Hessen, SPD Hessen-Süd, SPD Hessen

141
142 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

143
144 Jüdische Geschichte, Religion und Kultur soll in allen Schulen besser in den Lehrplan integriert und
145 vermittelt werden. Durch mehr Wissen und interreligiöse Begegnung sollen Vorurteile abgebaut
146 werden und Kinder und Jugendliche idealerweise gar nicht erst antisemitische Einstellungen
147 entwickeln können.

148 Deswegen fordern wir für mittlere Jahrgangsstufen jeglicher Schulform mindestens eine
149 verpflichtende Exkursion in ein Konzentrationslager oder in eine Gedenkstätte aller Schüler*innen mit
150 ausführlicher Vor- und Nachbereitung.

151 **Begründung**

152 Kenntnis und Erkennen der Vielfalt und Komplexität des Judentums sind wichtige Schritte zu seinem
153 Verständnis sowie zum Abbau von Vorurteilen, heißt es in einer Erklärung des Zentralrats der Juden.
154 Darin fordern sie unter anderem, jüdisches Leben und interreligiöses Zusammenleben besser in den
155 Schulalltag zu integrieren, um den immer gravierender werdenden Antisemitismus zu bekämpfen, der
156 bereits auf dem Schulhof anfangen kann. Schüler*innen werden vermehrt vom Mitschüler*innen
157 gemobbt, nachdem ihre jüdische Herkunft bekannt wird, und selbst jüdische Lehrkräfte können
158 antisemitischen Angriffen nicht mehr entgehen. Antisemitismus wird ganz grundsätzlich in der Mitte
159 der Gesellschaft wiedersalonfähig. Ein Antisemitismusbeauftragter, der seit kurzem von der
160 hessischen Landesregierung beauftragt wurde, ist zwar ein begrüßenswerter erster Schritt, reicht
161 hierfür allein jedoch nicht aus. Es wären vor allem unsere Schulen in der Verantwortung, als unsere
162 wichtigste bildungsstiftende Institution, Antisemitismusverstärkt zum Thema zu machen und durch
163 Bildungsmaßnahmen mehr Toleranz zu lehren. In Bayern ist so ein Ansatz bereits länger verfolgt
164 worden: Dort wird seit 2004 bereits für die Jahrgangsstufe 9 am Gymnasium eine Exkursion zu einer
165 Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus verpflichtend im Lehrplan vorgeschrieben. An den
166 Realschulen ist ähnliches im neuen Lehrplan Plus geregelt. Zusätzlich dazu sollte auch bereits im
167 Unterricht die wichtige Rolle der Jüd*innen und Jude*n in der deutschen und europäischen
168 Geschichte, Kultur und Wissenschaft thematisiert werden. Eine solche Integration in den hessischen
169 Lehrplänen und Schulprogrammen fehlt uns leider bis 2018, weshalb wir da starken Nachholbedarf
170 fordern.

171
172

Antrag B 2: Chancengleichheit stärken

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	Bildung

173

174 Chancengleichheit stärken

175 Weiterleiten an:

176 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
177 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

178
179 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

180
181

- 182 1. Erhöhung des Schüler-Bafögs für benachteiligte Schüler*innen und stärkere Anwerbung an
183 Schulen. Zudem eine stärkere Werbung für Schüler*innenstipendien
- 184 2. Garantie für Lehrmittelfreiheit. Bücher und andere schulischen Anschaffungen sollen von der
185 Steuer absetzbar sein.
- 186 3. Kindergeld in der Hand der Kinder. Es sollte ab dem 16 Lebensjahr möglich sein für Kinder
187 einen rechtlichen Anspruch auf Selbstbehalt des Kindergeldes zu haben.
- 188 4. Sozialarbeiter*innenstellen an Schulen ausweiten. Es braucht ein spezielles Finanzprogramm
189 für eine Ausweitung um 1,5 Stellen mehr pro Schule in Hessen.
- 190 5. Jugendzentren ausweiten in Stadtteilen. Es braucht mehr finanzielle Mittel und Räume für
191 Jugendliche in Hessen.

192

193 **Begründung**

194 Erfolgt mündlich.

195
196

Antrag B 3: Eine-Welt-Laden

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	Bildung

197

198 **Eine-Welt-Laden**

199 *Weiterleiten an:*

200 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, Bezirkskonferenz Jusos
201 Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen

202
203 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

204

205 Es soll durch ein hessisches Förderprogramm ein Modellprojekt für mehr Fair-Trade-Produkte an
206 hessischen Schulen geben. Das Modell, soll Schüler*innen ermöglichen die Organisation von einem
207 Eine-Welt-Laden an ihrer Schule zu übernehmen und die Einnahmen an eine gemeinnützige
208 Organisation oder Partnerschule zu spenden. Das Modellprojekt soll, vor allem Kontakt zwischen
209 hessischen Schulen und Schulen in wirtschaftlich peripheren Staaten ausbauen, indem offizielle
210 Partnerschaften zwischen den Schulen geschaffen werden.

211 **Begründung**

212 Erfolgt mündlich.

213
214

Antrag B 4: Schüleraustausch mit afrikanischen Staaten

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd), Tim Kornprobst (Ortsverein Niederrad)
Sachgebiet:	Bildung

215

216

Schüleraustausch mit afrikanischen Staaten

217

Weiterleiten an:

218

Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag, Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

219

220

221

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

222

223

Es soll ein hessisches Förderprogramm der Landesregierung für Schüleraustauschprogramme mit vermehrt afrikanischen Schulen eingeführt werden. Hierfür soll es mehr Kooperationen zwischen hessischen Schulen und Schulen in Afrika geben. Die Bewerbungen für Schülerinnen sollen wie gewohnt über das staatliche Schulamt verlaufen.

224

225

226

227

Begründung

228

Erfolgt mündlich.

229 **Antrag K 1: Umbenennung der S-Bahn-Station**
230 **„Ostendstraße“ in „Alptug Sözen Station“**
231

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

232

233 **Umbenennung der S-Bahn-Station „Ostendstraße“ in „Alptug Sözen**
234 **Station“**

235 *Weiterleiten an:*

236 Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer, Ortsbeirat 4, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt
237 am Main

238

239 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

240

241 Die S-Bahn-Station Ostendstraße soll nach dem 17-jährigen Alptug Özen umbenannt werden, der
242 einen wohnsitzlosen Menschen aus dem Gleisbett rettete und dabei tragischerweise selbst verstarb.
243 Da die Namen der S-Bahn-Stationen vor allem der Orientierung dienen sollen, soll die Ostendstraße
244 ebenfalls in Alptug-Sözen-Straße umbenannt werden. Dafür wird der städtische Leitfaden zur
245 Umbenennung von Straßennamen geändert, nach dem aktuell erst drei Jahre nach dem Tod einer zu
246 ehrenden Person mit einem Straßennamen ihrer gedacht werden darf.

247 **Begründung**

248 Erfolgt mündlich

249
250
251

Antrag K 2: Aufnahme der Fleckenbühler in die Montagsrunde

Antragsteller/in:	Lauritz Blome (Ortsverein Sachsenhausen)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

252

Aufnahme der Fleckenbühler in die Montagsrunde

254 *Weiterleiten an:*

255 Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

256

257 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

258

259 Die Fleckenbühler e.V. in ihrem Bemühen in die Frankfurt Montagsrunde aufgenommen zu werden,
260 inner- und außerparteilich zu unterstützen.

Begründung

262 Die Fleckenbühler sind eine in Frankfurt und Fleckenbühl ansässige Lebensgemeinschaft und
263 Selbsthilfeorganisation, die Menschen beim Ausstieg aus einer Sucht helfen. Die Organisation nimmt
264 dabei jeden sofort auf, der sich dort freiwillig vorstellt und bereit ist die gemeinsamen Regeln der
265 Lebensgemeinschaft zu akzeptieren (Verzicht auf jegliche Drogen und Tabak sowie Gewaltverzicht).
266 Die Montagsrunde ist ein vom Oberbürgermeister eingesetztes politisches und fachspezifisches
267 Gremium zur Beratung des Magistrats in Fragen zur Drogenproblematik. Dort findet regelmäßig die
268 Abstimmung der mit der Drogenproblematik befassten städtischen Ämter mit Polizei, der
269 Staatsanwaltschaft und Vertretern der Träger der Frankfurter Drogenhilfe statt. Diese erarbeiten
270 Empfehlungen hinsichtlich der Entwicklung der kommunalen Drogenpolitik. Den Fleckenbühlern
271 wurde als einem der wichtigen Träger der Frankfurter Drogenhilfe eine dauerhafte Teilnahme an der
272 Montagsrunde bisher bereits zwei Mal verwehrt.

273 **Antrag K 3: Lückenschluss der U4 bis Ginnheim –**
274 **„Ginnheimer Kurve“**
275

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

276

277 **Lückenschluss der U4 bis Ginnheim – „Ginnheimer Kurve“**

278 *Weiterleiten an:*

279 Parteitag SPD Frankfurt, SPD-Fraktion im Römer, Verkehrsdezernat Stadt Frankfurt am Main

280

281 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

282

283 Beim Lückenschluss der U4 von der Bockenheimer Warte bis Ginnheim fordern wir die
284 Streckenführung der Variante Ginnheimer Kurve. Diese Trassenvariante verläuft vom heutigen
285 Endhaltepunkt in Ginnheim über die Platensiedlung zwischen Deutscher Bundesbank und dem Uni-
286 Campus Westend bis zum Anschlusspunkt an der Bockenheimer Warte.

287

288 **Begründung**

289

290 Die Variante wurde im Rahmen einer Potentialstudie, die von der Intraplan Consult GmbH aus
291 München durchgeführt wurde, bereits detailliert untersucht. Hiernach weist das Konzept Ginnheimer
292 Kurve eine hohe verkehrliche Wirksamkeit sowie hohe Nutzenwirkungen auf. Sie führt zu
293 Fahrgastgewinnen von täglich mehr als 12.000 Personenfahrten. Hauptsächlich sind dies Fahrten, die
294 vorher mit dem Auto durchgeführt wurden. Die Trassenvariante verbessert die ÖPNV-
295 Erschließungsqualität für Einwohner, Beschäftigte und Studierende erheblich. Auch die
296 gesamtwirtschaftlich tragfähigen Investitionen wurde im Rahmen dieser Studie abgeschätzt. Für die
297 Stadtbahn-Infrastruktur können hiernach maximal Investitionen in Höhe von 193 Millionen Euro
298 getätigt werden, ohne dass der volkswirtschaftliche Nutzen-Kosten-Indikator den Wert von 1,0
299 unterschreiten würde. Dies würde eine finanzielle Beteiligung des Bundes ermöglichen.

300 Die Streckenführung ist aus unserer Sicht der Streckenführung Europaturm aus verschiedenen
301 Gründen vorzuziehen. Durch die neue U-Bahn Station am Campus Westend würde eine direkte
302 Verbindung des Campus Bockenheim und des Campus Westend entstehen. Gleichzeitig entsteht eine
303 Anbindung über die U9 von Ginnheim zum Campus Riedberg. Auch Studierende, die von außerhalb
304 Frankfurts kommen, hätten vom Frankfurter Hauptbahnhof nun eine direkte U-Bahn-Anbindung an
305 den Campus Westend. Aktuell gibt es am Campus Westend der Goethe-Universität, die aktuell knapp
306 50.000 Studierende hat, keine U-Bahn-Station. Die Station Holzhausenstraße ist beim Bau niemals für
307 die aktuellen Kapazitäten ausgelegt gewesen und 10 Minuten Fußweg entfernt. Gleichzeitig ist die A-
308 Linie zu Stoßzeiten überlastet. Teilweise ist sogar das Betreten der Bahnsteige an der
309 Holzhausenstraße auf Grund der vielen Personen nicht möglich. Auch aus Brandschutzgründen ist hier
310 aus unserer Sicht Abhilfe dringend nötig.

311 **Antrag K 4: Zweckentfremdungsverbot für 100%**
312 **geförderten Wohnraum nutzen!**
313

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim), Alexander Paul (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

314

315 **Zweckentfremdungsverbot für 100% geförderten Wohnraum nutzen!**

316 *Weiterleiten an:*

317 Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer, Planungsdezernat der Stadt Frankfurt am Main

318

319 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

320

321 Wohnungen, die durch ein möglicherweise von der Landesregierung wieder eingeführtes
322 Zweckentfremdungsverbot durch die Stadt Frankfurt am Main in den Frankfurter Wohnungsmarkt
323 zurückgeführt werden, dürfen ausschließlich im Bereich des geförderten Wohnungsbaus liegen und
324 damit preisgebunden sein.
325

326 **Begründung**

327

328 Das Zweckentfremdungsverbot verhindert, dass verfügbare Wohnungen zu anderen als zu
329 Wohnzwecken auf den Markt gehen. Es verbietet Wohnungsleerstand, Abriss und die Umwandlung
330 von Wohnungen in Büro- oder Gewerberäume sowie die Nutzung als Ferienwohnung. In der Stadt
331 Frankfurt am Main ist die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu
332 angemessenen Bedingungen besonders gefährdet. Zwischen 1985 und 2004 konnte die Stadt 8.500
333 Wohnungen wieder in den Wohnungsmarkt zurückführen. In dieser Zeit existierte das sogenannte
334 Zweckentfremdungsverbot, bevor es 2004 von der CDU abgeschafft wurde. Seit Anfang der 1990er
335 Jahre sind rund 45.000 Wohnungen des Förderweg 1 weggefallen. Von ehemals knapp 70.000
336 Sozialwohnungen existieren aktuell nur noch 26.190. Gleichzeitig hätten 49% aller Frankfurter
337 Haushalte vom Einkommen her einen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Zusätzlich haben 19% der
338 Haushalte Anspruch auf eine Wohnung des Förderweg 2 (Frankfurter Mittelstandsprogramm - 8,50 bis
339 10,50 pro Quadratmeter). Davon existieren allerdings nur 4.575 Wohneinheiten. Somit haben
340 insgesamt 68% der Frankfurter*innen Anspruch auf eine geförderte Wohnung, allerdings sind nur
341 8,5% der Frankfurter Wohnungen im geförderten Segment. Daher sollen alle Wohnungen, die durch
342 ein mögliches Zweckentfremdungsverbot durch die Stadt Frankfurt am Main in den Wohnungsmarkt
343 zurückgeführt werden, ausschließlich im Bereich des geförderten Wohnungsbaus liegen und damit
344 preisgebunden sein.

345 **Antrag K 5: Geförderten Wohnungsbau in Frankfurt**
346 **stärken**
347

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

348

349 **Geförderten Wohnungsbau in Frankfurt stärken**

350 *Weiterleiten an:*

351 Parteitag SPD Frankfurt, SPD-Fraktion im Römer

352

353 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

354

- 355 1. Die ABG Frankfurt Holding schafft im Wohnungsneubau zu 68% geförderten Wohnraum.
356 2. Zwei Drittel aller neuen Wohnungen, die künftig gebaut werden, müssen auch im privaten
357 Sektor im geförderten Bereich (Förderweg 1, 2 oder studentisches Wohnen) liegen.

358 **Begründung**

359

360 Seit Anfang der 1990er Jahre sind rund 45.000 Wohnungen des Förderweg 1 weggefallen. Von
361 ehemals knapp 70.000 Sozialwohnungen existieren aktuell nur noch 26.190. Gleichzeitig hätten 49%
362 aller Frankfurter Haushalte vom Einkommen her einen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Zusätzlich
363 haben 19% der Haushalte Anspruch auf eine Wohnung des Förderweg 2 (Frankfurter
364 Mittelstandsprogramm - 8,50 bis 10,50 pro Quadratmeter). Davon existieren allerdings nur 4.575
365 Wohneinheiten. Somit haben insgesamt 68% der Frankfurter*innen Anspruch auf eine geförderte
366 Wohnung, allerdings sind nur 8,5% der Frankfurter Wohnungen im geförderten Segment. Die
367 städtische ABG Holding schafft bei Neubauten allerdings nur zu 40% geförderten Wohnraum. Im
368 privaten Sektor sind es sogar nur 30%. Die Einwohnerzahl in Frankfurt wächst mit rund 8.000 Personen
369 pro Jahr. Es fehlen aktuell bereits ca. 30.000 Wohnungen in allen Preissegmenten. Die Lage in
370 Frankfurt ist insgesamt äußerst angespannt. Die Kosten für neu vermietete Wohnungen sind in 10
371 Jahren um 42 Prozent auf nun 13,80 Euro pro Quadratmeter gestiegen.^[1] Ende 2016 waren 9.491
372 wohnungssuchende Haushalte mit 23.146 Personen offiziell registriert. Im Jahr 2017 lag die Zahl der
373 registrierten Haushalte bei 9.583, während die Dunkelziffer weit höher liegt. 23,0 % aller Bewerber sind
374 Bezieher von Transfereinkommen. Trotz des enormen Bedarfes, wurden im Jahr 2016 nur 88
375 Wohnungen im sog. 1. Förderweg und weitere 56 Wohnungen im Frankfurter Programm für
376 studentisches Wohnen errichtet. Verglichen mit der Anzahl an theoretisch berechtigten Mieter*innen
377 ist die Anzahl an geförderten Wohnungen viel zu niedrig und der Neubau läuft zu schleppend voran.
378 Weder die 30% Quote für Neubauten im privaten Sektor, noch die 40% Quote bei der ABG Frankfurt
379 Holding sind ausreichend, um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Die Schaffung von
380 bezahlbaren Wohnraum ist allerdings Kernaufgabe eines funktionierenden Staates, während allerdings
381 auch die Privatwirtschaft nicht aus der Verantwortung gelassen werden darf. Die Stadt Wien ist mit
382 ihrer neuen Bauordnung Vorreiter bei der Schaffung von geförderten Wohnraum. An diesem Modell
383 muss sich die Stadt Frankfurt orientieren. Denn auch in Frankfurt kaufen Großinvestoren ganze
384 Wohnblöcke und Straßenzüge, renovieren sie und machen daraus Luxuswohnungen oder kaufen

385 Grundstücke und bauen neue Wohneinheiten. Die bisher bestehende 30% Quote für geförderten
386 Wohnraum bei diesen Projekten hält Großinvestoren weder davon ab, noch ist sie ausreichend, um
387 den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen zu decken. Beispiele für die völlig verfehlte Wohnungspolitik
388 sind die neuen *Luxustower* in Frankfurt wie der *Grand Tower* (bis zu 19.000 Euro pro Quadratmeter),
389 der *Omniturm* (verkauft an einen privaten Investor für 700 Mio. Euro), oder *One Forty West und 99*
390 *West die skandalöser Weise auf dem Gelände des ehemaligen AfE Turms der Goethe-Universität*
391 *errichtet werden und die Gentrifizierung Bockenheims weiter vorantreiben.* Die ABG muss dabei
392 weiterhin ein wichtiger Bestandteil sein und die Anstrengungen deutlich erhöhen. Wenn wir die
393 Aufgabe lösen wollen, müssen alle in die Pflicht genommen werden: Öffentliche
394 Wohnungsbaugesellschaften des Landes (NH, GWH), private Wohnungsbaugesellschaften und
395 besonders private Investoren. Für uns ist gleichzeitig klar, dass die ABG alle Gewinne nur in die
396 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stecken darf. Die Gewinnsumme von 400 Millionen Euro in nur
397 wenigen Jahren zeigt, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Die ABG darf kein profitorientiertes
398 Unternehmen sein, sondern muss dem Allgemeinwohl dienen.

399

400

401 [\[1\]https://de.statista.com/statistik/daten/studie/262508/umfrage/mietpreise-in-frankfurt-am-main/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/262508/umfrage/mietpreise-in-frankfurt-am-main/)

402
403
404

Antrag K 6: Kostenloser ÖPNV für Teilnehmer des BFD, FSJ und für FWDL

Antragsteller/in:	Veli Köksal (Ortsverein Schwanheim-Goldstein)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

405

406

Kostenloser ÖPNV für Teilnehmer des BFD, FSJ und für FWDL

407

Weiterleiten an:

408

Parteitag SPD-Frankfurt, SPD-Fraktion im Römer

409

410

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

411

412

Die Stadt Frankfurt am Main soll für Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), sowie freiwillig Wehrdienstleistende (FWD), den ÖPNV kostenlos anbieten. Zudem setzt sich die SPD für die Anwendung dieser Regelung im gesamten RMV-Gebiet ein.

415

416

Begründung

417

FDWL bekommen nur die Fahrt von der Kaserne bis zum Bahnhof des Heimatortes bezahlt. Im Heimatort und insbesondere im Dienstort sind die Freiwilligen beschränkt bei ihren Fortbewegungsmitteln, weil ihre finanziellen Mittel zu dieser Zeit knapper sind.

419

420

Noch schwieriger ist die Situation für die Freiwilligen der anderen Dienste. Hier unterscheiden sich die Leistungen je nach Träger. Die Aufwandsentschädigung umfasst meistens nur Kost und Logis, mit einem Taschengeld das höchstens 390 pro Monat betragen darf.

422

423

Um ihnen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu erleichtern sowie ihre Dienste für die Gesellschaft

424

besser anzuerkennen, soll der ÖPNV für Freiwillig Dienstleistende kostenlos sein.

425 **Antrag K 7: Sichere Hafenstadt Frankfurt**

426

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

427

428 **Sichere Hafenstadt Frankfurt**

429 *Weiterleiten an:*

430 Parteitag SPD-Frankfurt, SPD-Fraktion im Römer, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

431

432 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

433

434 Die Stadt Frankfurt ist fassungslos angesichts des schrecklichen Sterbens vor den Toren Europas. Sie
435 unterstützt das politische Signal der drei Städte Köln, Bonn und Düsseldorf, die Seenotrettung wieder
436 zu ermöglichen und mahnt hierzu eine europäische Lösung dringend an.

437

438 Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Die Praxis der Abschottung und des bewussten
439 Sterbenlassens an der EU-Außengrenze widerspricht allen Prinzipien der Humanität und der
440 Menschenrechte. Reine Solidaritätsbekundungen ohne praktische Konsequenzen sind wirkungslos.
441 Daher erklärt sich die Stadt Frankfurt bereit, sofort geflüchtete Menschen aus der Seenotrettung über
442 den bisherigen Verteilschlüssel hinaus, aufzunehmen. Sie fordert die Bundesregierung auf,
443 entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig fordert die Stadt Frankfurt alle Kommunen in
444 der Bundesrepublik auf, ähnlich oder gleichlautende Erklärungen zu beschließen. Daneben beteiligt
445 sich die Stadt Frankfurt am Main im Rahmen ihrer Mitgliedschaft bei Eurocities am Forum
446 europäischer Städte Solidarity Cities.

447

448 **Begründung**

449 Erfolgt mündlich

450 **Antrag K 8: Durchführung einer Öffentlichkeitswirksamen**
451 **„Renovierungsaktion“ an der Berthold-Otto-Schule in**
452 **Frankfurt Griesheim**
453

Antragsteller/in:	Julien Chamboncel (Ortsverein Höchst), Mohammad Salman Parvaiz (Ortsverein Griesheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

454

455 **Durchführung einer Öffentlichkeitswirksamen „Renovierungsaktion“ an der**
456 **Berthold-Otto-Schule in Frankfurt Griesheim**

457 *Weiterleiten an:*

458 Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer

459

460 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

461

462 Die Fassade der Berthold-Otto-Schule in Griesheim bröckelt, die Schule ist mehr als
463 sanierungsbedürftig, steht allerdings nicht im Sanierungsplan. Daher schlagen wir vor eine
464 Veranstaltung an dieser Schule zu organisieren, bei der wir die Schulfassade renovieren und auf
465 diesen öffentlichkeitswirksam auf diesen Missstand hinweisen. Denn gutes Lernen kann nur in einem
466 Lernförderlichem Umfeld geschehen und vor allem in der Grundschule, wo die Fundamente für das
467 spätere Leben gelegt ist gutes Lernen wichtig.

468 **Begründung**

469 Erfolgt mündlich

470
471

Antrag K 9: Frankfurt Pass stärken

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

472

473 **Frankfurt Pass stärken**

474 *Weiterleiten an:*

475 Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer

476

477 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

478

479 Der Frankfurt-Pass sollte auch online beantragbar sein und stärker beworben werden, auch für
480 Familien mit schwach ausgeprägten Deutschkenntnissen sollte es entsprechende Broschüren geben.

481 **Begründung**

482 Erfolgt mündlich

483
484
485

Antrag K 10: Resolution „Wohnraum dem Markt entziehen – Mietenwahnsinn stoppen“

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

486

Resolution „Wohnraum dem Markt entziehen – Mietenwahnsinn stoppen“

488
489
490

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

491
492
493
494
495
496
497
498

Im Kapitalismus zählt die Rendite mehr als Bedürfnisse und die Lebensverhältnisse der Menschen. Daher geht es bei der Frage nach bezahlbarem Wohnraum auch um die Überwindung des marktradikalen Kapitalismusmodells, das in Deutschland seit Jahrzehnten besteht. Daraus ergibt sich nur ein Schluss: Man muss die Wohnungsversorgung dem Markt entziehen, zum Beispiel durch Verstaatlichung, Vergesellschaftung oder Enteignung. Grund und Boden sind nicht länger den ungezügelter Marktkräften auszusetzen, sondern wie Luft und Wasser als Grundrecht jedes Menschen zu betrachten.

499
500
501
502
503
504
505

Rechtlich gibt es Hürden, die zu prüfen sind.

Die Möglichkeiten einer Enteignung sind in Art. 15 i. V. m. Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz geregelt: „Grund und Boden [...] können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517

Enteignungen sind nach dem Grundgesetz somit eindeutig erlaubt, wenn sie dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Artikel 14 Absatz 3). Der*die ehemalige Eigentümer*in muss dabei gleichzeitig eine Entschädigung erhalten. Diese Entschädigungen sind in ihrer Höhe allerdings unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Gegen die Höhe der Entschädigung können Personen oder Unternehmen anschließend klagen. Die Ausgleichszahlung kann somit auch weit unter dem aktuellen Marktwert liegen, wenn die Enteignung dem Wohle der Allgemeinheit dient. Die Hessische Verfassung geht mit ihrem Sozialisierungsartikel noch weiter. Dort heißt es „Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche die Gewähr dafür bieten, dass das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden.“

518
519
520
521
522

Um die Frage zu beantworten, ob Verstaatlichungen, Vergesellschaftungen oder Enteignungen dem Wohl des Volkes dienen und somit notwendig bzw. erlaubt sind, muss die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt betrachtet werden. Daneben muss bewertet werden, welche Anstrengungen die Politik bereits unternommen hat, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen und vor allem, wie erfolgreich diese Anstrengungen gewesen sind.

523 Die Politik fördert durch bundespolitische Regelungen den Wohnungsbau durch direkte und indirekte
524 Subventionen. So gibt es Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld, Wohngeld, das Baukindergeld,
525 BAföG oder die Sozialhilfe, die Menschen mit geringen oder keinem Einkommen bei der Bezahlung
526 der Miete oder dem Bau von Wohnungen unterstützen sollen. Gleichzeitig werden Bauherren
527 vergünstigte Kredite, Steuererleichterungen und andere Leistungen bewilligt, wenn sie geförderten
528 Wohnraum schaffen. Allerdings bedeuten diese staatlichen Leistungen im Endeffekt vor allem eine
529 Wirtschaftsförderung für private Investoren, die eine befristete soziale Zwischennutzung akzeptieren,
530 da die Bindungsfrist für geförderten Wohnraum nach ca. 30 Jahren ausläuft.[\[1\]](#) Durch Leistungen wie
531 Wohngeld usw. wird der freifinanzierte Wohnungsmarkt jährlich mit ungefähr 18 Milliarden Euro
532 subventioniert. Obwohl es eindeutig ist, dass Marktakteure die Wohnungsfrage in der Vergangenheit
533 nicht lösen konnten hält sich der Irrglaube, dass sie es in Zukunft schaffen werden. Wenn man also
534 eine soziale Wohnungsversorgung erreichen möchte, muss man demnach leistungslose
535 Profitmöglichkeiten unterbinden. Solange sich private Unternehmen allerdings an die
536 Gemeinnützigkeit halten, ist eine Kooperation erstrebenswert und nicht zwingend abzulehnen. Auch
537 Überlegungen den Wohnungsbau über Erbpacht zu organisieren sind überlegenswert.

538
539 Trotz der bisher angesprochenen Anstrengungen der Politik sieht die Lage in fast allen
540 Metropolregionen verheerend aus. Viele politische Instrumente zum Umsteuern haben sich als
541 wirkungslos erwiesen. Erstes Beispiel: die Mietpreisbremse. Auch die neuen Verschärfungen werden
542 das Problem nach Expertensicht nicht lösen können. Das neue Baukindergeld ist völlig untauglich, um
543 für sinkende Mieten und Wohnungspreise in Ballungsgebieten wie Frankfurt Main zu sorgen. So wird
544 das Baukindergeld auch bezahlt, wenn schon bestehende Immobilien gekauft werden. Die
545 Wahrscheinlichkeit, dass damit das allgemeine Preisniveau noch weiter steigt ist hoch.

546 Nach dem Property Index 2018 ist Deutschland Spitzenreiter beim Kaufpreiswachstum - in keinem
547 anderen der 14 Vergleichsländer zogen die Preise für Wohneigentum so stark an wie hierzulande.[\[2\]](#)
548 Während Frankreich innerhalb eines Jahres rund 500.000 Wohneinheiten geschaffen hat, liegt die Zahl
549 in Deutschland bei gerade einmal 285.000 Einheiten und somit bei knapp der Hälfte. Der Bestand an
550 Sozialwohnungen nimmt seit Jahrzehnten immer weiter ab. Die Situation in Hessen ist nicht anders.
551 Laut Ministerium haben in Hessen im vergangenen Jahr 50.252 Haushalte eine Sozialwohnung
552 gesucht. Der Bestand an Sozialwohnungen ist dagegen im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen
553 und sank gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent auf 85.484 Wohnungen in Hessen.[\[3\]](#) Weiterhin
554 ermöglicht die Schwarz-Grüne Landesregierung kein Zweckentfremdungsverbot. Zu viele
555 bürokratische Hürden und Bauvorschriften erschweren zusätzlich günstiges und schnelles Bauen. Statt
556 vorhandene Landesflächen für die Bebauung mit günstigem Wohnraum zu sichern, werden diese nicht
557 nach Konzept, sondern nach Höhe des Kaufpreises vergeben. Bestes Beispiel für das Versagen der
558 Landesregierung ist der Verkauf des Alten Polizeipräsidiums für über 212 Millionen Euro an einen
559 privaten Investor, der nun Luxuswohnungen auf ehemals staatlichen Grund errichtet. Weitere
560 prominente Beispiele für die völlig verfehlte Wohnungspolitik sind die neuen *Luxustower* in Frankfurt
561 wie der Grand Tower (bis zu 19.000 Euro pro Quadratmeter), der „*Omniturm*“ (verkauft an einen
562 privaten Investor für 700 Mio. Euro), oder „*One Forty West*“ und „*99 West*“ die *skandalöser Weise auf*
563 *dem Gelände des ehemaligen „AfE Turms“ der Goethe-Universität errichtet werden und die*
564 *Gentrifizierung Bockenheims weiter vorantreiben.*

565
566 Die Lage in Frankfurt ist insgesamt äußerst angespannt. Die Kosten für neu vermietete Wohnungen
567 sind in 10 Jahren um 42 Prozent auf nun 13,80 Euro pro Quadratmeter gestiegen.[\[4\]](#) Besonders
568 studentisches Wohnen wird stetig unerschwinglicher. Obwohl das Studentenwerk [sic!] in den
569 vergangenen fünf Jahren mehr als 600 Wohneinheiten gebaut und mehr als 500 Plätze angemietet

570 hat, gebe es nur etwa für sieben Prozent der Studierenden im Rhein-Main-Gebiet einen öffentlich
571 geförderten Wohnheimplatz. Bundesweit liegt der Schnitt bei zehn Prozent.[\[5\]](#)

572
573 Die SPD Frankfurt und vor allem Planungsdezernent Mike Josef haben seit der Regierungsbeteiligung
574 im Jahr 2016 wegweisende Erfolge bei der Schaffung von günstigem Wohnraum erzielen können. Erst
575 Ende September hat Mike Josef Fördermittel aus verschiedenen Programmen von über 4,31 Millionen
576 Euro bewilligt und weitere rund 4,4 Millionen Euro zur Auszahlung angeordnet. Dazu gehören die
577 Programme für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen durch den Förderweg 1 und 2, das
578 Modernisierungsprogramm, das Programm zur Förderung des Umbaus leerstehender Räume für
579 Kreative und das Programm zur Förderung von selbst genutztem Eigentum. Im Förderweg 1 sind
580 sowohl ein Darlehen über rund 1,37 Millionen Euro als auch Zuschüsse in Höhe von etwa 2,51
581 Millionen Euro vorgesehen.[\[6\]](#)

582
583 Daneben wird endlich die 30%-Prozent-Quote für geförderten Wohnraum bei jedem Neubauprojekt
584 eingehalten. Zusätzlich wurde ein Mietpreisstopp bei der ABG-Holding durchgesetzt, der nun sogar
585 der Bundesebene als Erfolgsmodell aufgefallen ist. Gleichzeitig wurde die Quote für geförderten
586 Wohnraum bei der ABG gesteigert, während hier das Ziel noch deutlich höher sein muss. Dies ist
587 allerdings bei den derzeitigen politischen Mehrheiten im Römer nicht möglich. Deswegen begrüßen
588 wir die Initiative von Peter Feldmann und Mike Josef die Quote schnellstmöglich zunächst auf 50% zu
589 erhöhen, was allerdings nur ein erster Schritt bei der weiteren Steigerung sein kann. Des Weiteren
590 wurden 2017 so viele Wohnungen gebaut wie seit 40 Jahren nicht. Vor allem der Fokus von Mike Josef
591 auf genossenschaftliche Wohnkonzepte ist zu begrüßen. So hat erst letzte Woche der Volks- Bau- und
592 Sparverein in der Reichelstraße 17a den Grundstein für ein neues Wohnhaus gelegt. Die Mieten liegen
593 über 35% unter der durchschnittlichen Miete von vergleichbaren Neubauten.[\[7\]](#)

594
595 Es fehlen in Frankfurt weiterhin 30.000 Wohnungen. Wohnungen in allen Preiskategorien. Bis 2040
596 werden 106.438 Wohnungen benötigt. 9583 Haushalte sind beim Amt für Wohnungswesen offiziell als
597 Suchende für Sozialwohnungen registriert. Dank Mike Josef versucht die Stadt auch hier mit dem Kauf
598 von Belegrechten gegenzusteuern, während die Möglichkeiten hier allerdings begrenzt sind. So fallen
599 bis zum Jahr 2026 fast 3.000 weitere preisgebundene Wohnungen weg. Während im Jahr 2000 noch
600 41.000 Wohnungen zum 1. Förderweg zählten, sind es heute nur noch 26.000.[\[8\]](#) Knapp 50% aller
601 geförderter Wohnungen sind in Frankfurt im Besitz der ABG Frankfurt. Private Anbieter besitzen nur
602 knapp 3,5% der geförderten Wohnungen, sonstige Wohnungsunternehmen besitzen 11,9%.

603
604 Die ABG ist im Bereich des geförderten Wohnraums bereits heute der wichtigste Anbieter in
605 Frankfurt. Sogar in den freifinanzierten Wohnungen der ABG liegt die Durchschnittsmiete bei unter 8
606 Euro pro Quadratmeter. Wir wissen, dass die Aufgabe bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
607 außerordentlich groß ist. Die ABG muss dabei weiterhin ein wichtiger Bestandteil sein und die
608 Anstrengungen deutlich erhöhen. Wenn wir die Aufgabe lösen wollen, müssen alle in die Pflicht
609 genommen werden: Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften des Landes (NH, GWH), private
610 Wohnungsbaugesellschaften und besonders private Investoren. Für uns ist gleichzeitig klar, dass die
611 ABG alle Gewinne nur in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stecken darf. Die Gewinnsumme
612 von 400 Millionen Euro in nur wenigen Jahren zeigt, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Die
613 ABG darf kein profitorientiertes Unternehmen sein, sondern muss dem Allgemeinwohl dienen. Dieser
614 Aufgabe ist sie unter der schwarz-grünen Koalition bis 2016 nicht nachgekommen. Es ist wichtig, dass
615 die SPD Frankfurt hier ein umsteuern erzwungen hat.

616 Die beschriebene Entwicklung belegt eindeutig, dass Verstaatlichungen, Enteignungen und oder
617 Vergesellschaftungen die Voraussetzungen (Wohl der Allgemeinheit) gem. Art. 15 i. V. m. Art. 14 Abs.

618 3 GG gegeben sind. Durch das damit verbundene Ende von Spekulationen mit Grund & Boden, der
619 deutlichen Erhöhung von gefördertem Wohnraum bei jedem Neubauprojekt sowie der Quote bei der
620 ABG, einem Zweckentfremdungsverbot und weiteren staatlichen Investitionen, kann das Problem
621 langfristig gelöst werden.

622

623 [\[1\]http://www.fr.de/fr-serien/wohnen/wohnraum-wir-muessen-die-spekulation-stoppen-a-344278](http://www.fr.de/fr-serien/wohnen/wohnraum-wir-muessen-die-spekulation-stoppen-a-344278)

624 [\[2\]https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/property-index-2018-der-europaeische-immobilienmarkt-](https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/property-index-2018-der-europaeische-immobilienmarkt-im-vergleich-wohnen-in-deutschland-noch-immer-erschwinglich-6659371)
625 [im-vergleich-wohnen-in-deutschland-noch-immer-erschwinglich-6659371](https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/property-index-2018-der-europaeische-immobilienmarkt-im-vergleich-wohnen-in-deutschland-noch-immer-erschwinglich-6659371)

626 [\[3\]https://www.hr-inforadio.de/programm/das-thema/sozialwohnungen-in-hessen,sozialwohnungen-](https://www.hr-inforadio.de/programm/das-thema/sozialwohnungen-in-hessen,sozialwohnungen-100.html)
627 [100.html](https://www.hr-inforadio.de/programm/das-thema/sozialwohnungen-in-hessen,sozialwohnungen-100.html)

628 [\[4\]https://de.statista.com/statistik/daten/studie/262508/umfrage/mietpreise-in-frankfurt-am-main/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/262508/umfrage/mietpreise-in-frankfurt-am-main/)

629 [\[5\]http://www.fr.de/frankfurt/wohnen/studieren-in-frankfurt-viel-zu-wenige-wohnheimplaetze-a-](http://www.fr.de/frankfurt/wohnen/studieren-in-frankfurt-viel-zu-wenige-wohnheimplaetze-a-1584446)
630 [1584446](http://www.fr.de/frankfurt/wohnen/studieren-in-frankfurt-viel-zu-wenige-wohnheimplaetze-a-1584446)

631 [\[6\]https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Wohnen-in-Frankfurt-58/Mehr-bezahlbarer-](https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Wohnen-in-Frankfurt-58/Mehr-bezahlbarer-)

632 [Wohnraum-fuer-Frankfurt-Mike-Josef-bewilligt-Foerdermittel-in-Millionenhoeh-e-32771.html](https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Wohnen-in-Frankfurt-58/Mehr-bezahlbarer-Wohnraum-fuer-Frankfurt-Mike-Josef-bewilligt-Foerdermittel-in-Millionenhoeh-e-32771.html)

633 [\[7\]https://www.konii.de/news/grundsteinlegung-fur-den-neubau-der-volks-bau-und-sparverein-eg-](https://www.konii.de/news/grundsteinlegung-fur-den-neubau-der-volks-bau-und-sparverein-eg-201809256403)
634 [201809256403](https://www.konii.de/news/grundsteinlegung-fur-den-neubau-der-volks-bau-und-sparverein-eg-201809256403)

635 [\[8\]https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/wmb%202017_internet.pdf](https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/wmb%202017_internet.pdf)

636
637
638

Antrag K 11: Keine Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Schulbau

Antragsteller/in:	Lukas Schneider (Ortsverein Nordweststadt-Süd)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

639

640

Keine Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Schulbau

641

Weiterleiten an:

642

Parteitag SPD-Frankfurt, SPD Fraktion im Römer, Bildungsdezernat Stadt Frankfurt am Main

643

644

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

645

646

Wir sprechen uns gegen Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) im Schulbau aus. Privatisierungen des öffentlichen Gutes durch ÖPP haben in der Vergangenheit nachweislich zu höheren Kosten für den Steuerzahler bei geringerer Leistung geführt, weswegen wir sie ablehnen.

647

648

649

650

Begründung

651

Erfolgt mündlich

652
653
654

Antrag K 12: Städtepartnerschaften mit Städten in Entwicklungsländern

Antragsteller/in:	Paul Lüber (Ortsverein Bockenheim I), Tim Kornprobst (Ortsverein Niederrad)
Sachgebiet:	Kommunalpolitik

655

656

Städtepartnerschaften mit Städten in Entwicklungsländern

657

Weiterleiten an:

658

Parteitag SPD Frankfurt, SPD Fraktion im Römer, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

659

660

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

661

662

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Frankfurt neue Städtepartnerschaften mit Städten aus Entwicklungs- und Schwellenländern eingeht.

663

664

665

Begründung

666

Unter den 17 Partnerstädten der Stadt Frankfurt befindet sich mit Granada (Nicaragua) nur eine Stadt aus einem Entwicklungsland. Jedoch leben hier Menschen aus 180 Nationen friedlich zusammen, fast jede*r Dritte hat keinen deutschen Pass. Daher liegt es nahe, dass sich die Stadt Frankfurt nicht nur primär um Partnerschaften mit Städten im globalen Norden bemüht, sondern auch Kooperationen mit Gemeinden des globalen Südens schließt. Denn auch die Stadt Frankfurt kann dadurch zu einer besseren, nachhaltigeren Entwicklung beitragen.

667

668

669

670

671

672

673

Eine Städtepartnerschaft würde die Basis dafür schaffen, dass die Stadt Frankfurt gemeinsam mit neuen Partnerkommunen Projekte bewerkstelligen könnte, welche auf verschiedensten Ebenen einen wertvollen Beitrag zum Erreichen der *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen leisten könnten. So könnte die Stadt Frankfurt durch gemeinsame Vorhaben den kulturellen Austausch fördern und die Partner darin unterstützen, soziale und ökologische Herausforderungen zu bewältigen. Dies umfasst zum Beispiel Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung, der Verwaltungshilfe und der Förderung von wirtschaftlichen Beziehungen. Ebenso fördern gegenseitige Besuche von Delegationen und Beratungen den Erfahrungsaustausch. Dadurch könnten die kommunalen Verwaltungsstrukturen der Partner gestärkt werden, wovon die Bürger*innen dieser Städte stark profitieren würden. Dadurch könnte Frankfurt seiner internationalen Rolle besser nachkommen. Als Sozialdemokrat*innen haben wir uns der globalen Gerechtigkeit verschrieben. Eine Erweiterung der Städtepartnerschaften ist eine greifbare Möglichkeit, dazu beizutragen.

674

675

676

677

678

679

680

681

682

683

684

685

Antrag U 1: Europäische Standards für die Textilindustrie

686

Antragsteller/in:	Viktorija Krzelj (Ortsverein Griesheim)
--------------------------	---

687

688 **Europäische Standards für die Textilindustrie**

689 *Weiterleiten an:*

690 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
691 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

692
693 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

694
695 Die SPD setzt sich dafür ein, dass europäische Textilanbieter, die ihre Ware in Ländern des globalen
696 Südens (Entwicklungsländern) herstellen, verpflichtet werden, dies dort auch unter den in Europa
697 herrschenden Arbeitsstandards und Arbeitsschutzgesetzen zu tun. Gewerkschaften vor Ort müssen
698 gestärkt, Kinderarbeit bekämpft und Programme zur Bildungsförderung eingerichtet werden.

699 Das 2014 im Zuge der Unfälle und Brände in Textilfabriken ins Leben gerufene Textilbündnis durch
700 Gerd Müller (CSU Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist zwar ein
701 guter erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch sind freiwillige Zusagen nicht ausreichend. Auch
702 sind im Sommer diesen Jahres zahlreiche Firmen wieder aus dem Bündnis ausgetreten. Freiwillige
703 Verpflichtungen, die Regulierung des Marktes aus sich selbst heraus, hat also mal wieder und wie
704 schon so oft versagt.

705 Das darf nicht sein, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und gerechte Bezahlung sind nichts, woraus
706 man einfach so aussteigen darf. Wir müssen uns mit den Arbeiter*innen solidarisieren; nur weil unser
707 T-Shirt ihr Elend nicht evident macht, heißt das nicht, dass nicht täglich vor allem Arbeiterinnen um
708 ihre Gesundheit, ihr täglich Brot und um ihr Leben bangen müssen. Die SPD muss gemeinsam mit
709 Gewerkschaften gesetzlich verbindliche Vorgaben beschließen, die für alle Firmen gelten, die auf dem
710 europäischen Markt ihre Waren anbieten.

711 Des Weiteren muss sich jede und jeder von uns über den eigenen Kleiderkonsum bewusst werden
712 und diesen reflektieren.

713 **Begründung**

714
715 Direkt nach der Ölindustrie ist die Textil- und Kleidungsindustrie die schmutzigste. Unser
716 Kleiderkonsum ist eine ökologische Katastrophe, Kleidung ist nicht länger Gebrauchsgegenstand,
717 sondern Wegwerfware. Durch die physische Entfernung zur Produktion und zu den Arbeiter*innen
718 wird der menschenunwürdige Herstellungsprozess verschleiert, es findet ein Entfremdungsprozess
719 statt: Das bunte Kleidungsstück schweigt über seine Entstehung, das Leid unserer Mitmenschen wird
720 unsichtbar. Dabei ist die Kleidungsindustrie intrinsisch antifeministisch: Vor allem Frauen arbeiten in
721 den *sweatshops*, sie sind immer noch neben Kindern das schwächste Glied der Gesellschaft. Die
722 systematische Ausbeutung von Frauen muss ein Ende haben, Kinder gehören in die Schule, nicht in
723 die Zwinger der Textilindustrie. Die Scheinargumente, dass Firmen ja wenigstens Arbeitsplätze
724 schaffen, so schlecht sie auch sein mögen, sind zutiefst verabscheuungswürdig und zeigen ein
725 kolonialistisch geprägtes, rassistisches Überlegenheitsdenken. Dieses künstlich erzeugte Machtgefälle
726 kann nicht als Argument gegen Menschenwürde herhalten. Menschenwürde ist nicht verhandelbar.
727

728 Aus gesellschaftlicher Betrachtung scheint das Massenphänomen des verschwenderischen
729 Kleidungskonsums die Rolle von Brot und Spielen angenommen zu haben. Solange ich mir ein neues

730 Hemd leisten kann, scheint alles andere (Bildung, Gesundheit etc.), was ich mir nicht leisten kann, in
731 Vergessenheit zu geraten. Wie oft erwischt man sich dabei, dass der Kleiderkauf ja doch nur eine
732 stellvertretende Triebbefriedigung ist. Um wirklich etwas zu ändern, müssen wir auch bei uns ansetzen,
733 dieses Bewusstsein in die breite Gesellschaft tragen.

734
735 Auch im Hinblick darauf, dass wir nur einen Planeten zum Leben haben, müssen wir der
736 Verschwendung entgegentreten. Chemieabfälle werden vor Ort in den dortigen Gewässern entsorgt,
737 Textilien werden oft per Hand, also ohne Schutzkleidung, mit giftigen Chemikalien eingefärbt. Der in
738 der Industrie so populäre Stoff Polyester richtet sogar bei uns Zuhause in der Waschmaschine noch
739 Schäden an. Aus der Wäsche lösen sich Nanoplastikteilchen, die dann im Wasserkreislauf von
740 Kleinsttierchen wie Plankton aufgenommen werden und somit sich in unserer Nahrungskette, sprich
741 auf unserem Teller, wiederfinden. Die Folgen dieser Plastikvergiftung sind unter anderem Sterilität.

742
743 Auch der Naturstoff Baumwolle vernichtet Unmengen an Trinkwasser und Energie: Ein T-Shirt
744 entspricht der Verschwendung von 2.700 Litern Wasser. Angefangen beim Wässern der
745 anspruchsvollen Baumwollpflanze bis zur Verarbeitung, Färbung und Instandhaltung der Textilie. Das
746 ist genug Trinkwasser für einen Menschen für 900 Tage. Ein Blick auf den Globus lässt uns natürlich
747 die Frage stellen, ob wir nicht genug Wasser haben. 97% davon sind allerdings Salzwasser, 2% sind in
748 Schnee und Eis, was uns mit genau einem Prozent an Trinkwasser zurücklässt, zu dem wir Zugang
749 haben. Allerdings werden 70% davon zur Bewässerung von Nutzpflanzen gebraucht. Ein nachhaltiger
750 Baumwollanbau ist heute schon möglich, soll er was bewirken, so muss er verpflichtend sein. So kann
751 es nicht weitergehen.

752
753
754

Antrag U 2: Biologisch abbaubare Kunststoffe zum Schutz unserer Umwelt

Antragsteller/in:	Tim Kornprobst (Ortsverein Niederrad)
Sachgebiet:	Umwelt & Verbraucherschutz

755

756

Biologisch abbaubare Kunststoffe zum Schutz unserer Umwelt

757

Weiterleiten an:

758

Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag, Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

760

761

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

762

763

Ab 2023 sollen in Deutschland und der Europäischen Union nur noch biologisch abbaubare Kunststoffe als Verpackungsmaterial produziert und vertrieben werden dürfen.

764

765

766

Begründung

767

Erfolgt mündlich

768
769
770

Antrag V 1: Leichter Juso werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.

Antragsteller/in:	Julien Chamboncel (Ortsverein Höchst), Lino Leudesdorff (Ortsverein Höchst)
Sachgebiet:	Verband & Organisation

771

772
773

Leichter Juso werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.

774

Weiterleiten an:

775
776

Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

777
778

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

779
780
781
782

Zahlungsvorgänge werden heute vorwiegend mobil getätigt. Außerdem haben viele junge Menschen zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto. Wir Jusos müssen hier tätig werden und schlagen daher vor: die Juso-Mitgliedschaft soll künftig auch via Mobilepayment oder mobilen Diensten wie beispielsweise PayPal bezahlt werden können.

783

Begründung

784
785
786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799
800

Die Teilhabe am demokratischen Geschehen ist ein im Grundgesetz festgeschriebenes Grundrecht. Allerdings haben viele Jugendliche zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto und entscheiden sich deshalb oft dagegen einer Partei beizutreten. Auch die Eltern können ein Faktor sein, der die Jugendlichen davon abhält zu den Jusos zu gehen. Dies lässt sich durch die Hürde erklären, dass man (wegen dem Fehlen eines eigenen Kontos) die Kontodaten der Eltern angeben muss, um Mitglied einer Partei zu werden. Das unkomplizierte abschließen über den Handyvertrag, würde dieses Problem aus der Welt schaffen. Außerdem ist für Mitgliederwerbung eine an den Handyvertrag gekoppelte Mitgliedschaft sehr interessant: Wenn man eine*n Juso-Interessent*in überzeugt den Jusos beizutreten, lässt sich dies so schneller und unkomplizierter erreichen. So kann man die Menschen, die sagen sie würden einzutreten und es nie machen, vor harte Fakten stellen und so direkt vor Ort zur Mitgliedschaft bewegen. Durch diese Neuerung würden wir für eine Zielgruppe attraktiver, die wir kaum bis gar nicht vertreten, die 14 bis 20-Jährigen. Die Mitgliederanzahl unserer Schüler*innen spricht da eine klare Sprache und zeigt uns das es hier deutlichen Nachholbedarf gibt. Nur wenn wir modern bleiben können wir für die jungen Leute attraktiv sein ein Online Anmeldeformular ist dafür nicht ausreichend. Für die Verwaltung der Daten könnten sich auch neue Möglichkeiten ergeben die Kontaktdaten könnten so von den Mitgliedern unkompliziert aktualisiert werden.

801
802
803

Antrag V 2: Leichter SPD-Mitglied werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.

Antragsteller/in:	Julien Chamboncel (Ortsverein Höchst), Lino Leudesdorff (Ortsverein Höchst)
Sachgebiet:	Verband & Organisation

804

805
806

Leichter SPD-Mitglied werden - niemanden ausschließen! Jusomitgliedschaft über das Mobiltelefon.

807

Weiterleiten an:

808
809

Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

810
811

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

812
813
814
815

Zahlungsvorgänge werden heute vorwiegend mobil getätigt. Außerdem haben viele junge Menschen zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto. Die SPD muss hier tätig werden und die Bezahlung der SPD-Mitgliedschaft künftig auch via Mobilepayment oder mobilen Diensten wie beispielsweise PayPal ermöglichen.

816

Begründung

817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832

Die Teilhabe am demokratischen Geschehen ist ein im Grundgesetz festgeschriebenes Grundrecht. Allerdings haben viele Jugendliche zwischen 14 und 20 kein eigenes Konto und entscheiden sich deshalb oft dagegen einer Partei beizutreten. Auch die Eltern können ein Faktor sein, der die Jugendlichen davon abhält zur SPD zu gehen. Dies lässt sich durch die Hürde erklären, dass man (wegen dem Fehlen eines eigenen Kontos) die Kontodaten der Eltern angeben muss, um Mitglied einer Partei zu werden. Das unkomplizierte abschließen über den Handyvertrag, würde dieses Problem aus der Welt schaffen. Außerdem ist für Mitgliederwerbung eine an den Handyvertrag gekoppelte Mitgliedschaft sehr interessant: Wenn man eine*n SPD-Interessent*in überzeugt der SPD beizutreten, lässt sich dies so schneller und unkomplizierter erreichen. So kann man die Menschen, die sagen sie würden einzutreten und es nie machen, vor harte Fakten stellen und so direkt vor Ort zur Mitgliedschaft bewegen. Durch diese Neuerung würden wir für eine Zielgruppe attraktiver, die wir kaum bis gar nicht vertreten, die 14 bis 20-Jährigen. Die Mitgliederanzahl unserer Schüler*innen spricht da eine klare Sprache und zeigt uns das es hier deutlichen Nachholbedarf gibt. Nur wenn wir modern bleiben können wir für die jungen Leute attraktiv sein ein Online Anmeldeformular ist dafür nicht ausreichend. Für die Verwaltung der Daten könnten sich auch neue Möglichkeiten ergeben die Kontaktdaten könnten so von den Mitgliedern unkompliziert aktualisiert werden.

833
834
835

Antrag V 3: Resolution: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Gremien der Jusos und SPD

Antragsteller/in:	Viktorija Krzelj (Ortsverein Griesheim)
-------------------	---

836

837 **Resolution: Mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Gremien der**
838 **Jusos und SPD**

839 *Weiterleiten an:*

840 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
841 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

842

843 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

844

845 Die Jusos und die SPD müssen dafür sorgen, dass in ihren Gremien der Anteil der Menschen mit
846 Migrationsgeschichte den der Gesellschaft repräsentiert. Dabei soll keine Quote vorgegeben werden,
847 aber ein Fünftel gilt als guter Richtwert.

848 **Begründung**

849

850 Von der Gesamtbevölkerung Deutschlands (81,7 Mio) hat ein nicht unerheblicher Teil eine
851 Migrationsgeschichte, 23,6% um genau zu sein. Das sind 19,3 Mio. Menschen, die die SPD nicht
852 ausreichend repräsentiert. Vor allem im Wahlkampf hört man von jungen, potentiellen Wähler*innen
853 mit Migrationsgeschichte, sie würden die SPD gerne wählen, wissen aber nicht wen und fühlen sich
854 nicht repräsentiert. Um diese Menschen wieder ins Boot zu holen, müssen wir sie stärker
855 miteinbinden.

856 **Antrag V 4: Keine einseitige Werbung bei**
857 **Mitgliederbefragungen**
858

Antragsteller/in:	Viktorija Krzelj (Ortsverein Griesheim)
Sachgebiet:	Verband & Organisation

859

860 **Keine einseitige Werbung bei Mitgliederbefragungen**

861 *Weiterleiten an:*

862 Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
863 Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

864

865 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

866

867 Bei Abstimmungen jeglicher Art darf keine einseitige Werbung erfolgen, wie es z.B. bei der
868 Abstimmung zur Großen Koalition der Fall war. Es wird entweder auf einseitige Werbung verzichtet
869 oder es muss gegeben sein, dass alle Abstimmungsmöglichkeiten objektiv beleuchtet und dargestellt
870 sind.

871 **Begründung**

872

873 Eine einseitige (Wahl)Werbung ist höchst undemokratisch, hat einen direkten, unfairen Einfluss auf die
874 Meinungsbildung und kann das Ergebnis manipulieren und es verfälschen.

875
876

Antrag V 5: 5 nach 12 – Neuaufstellung der SPD

Antragsteller/in:	Simon Witsch (Ortsverein Ginnheim)
Sachgebiet:	Verband & Organisation

877

878

5 nach 12 – Neuaufstellung der SPD

879

Weiterleiten an:

880

Parteitag SPD Frankfurt, Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag, Bezirkskonferenz Jusos Hessen-Süd, Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos

881

882

883

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Frankfurt möge beschließen:

884

885

1. Ende der Großen Koalition auf Bundesebene

886

2. Rücktritt von Andrea Nahles und des SPD-Bundesvorstandes und Einleitung eines Urwahlverfahrens des Bundesvorstandes per Mitgliederbefragung

887

888

3. Einberufung eines Sonderparteitages im Frühjahr 2019 zur Neuausrichtung der Partei und Neuwahl des Vorstandes anhand der Mitgliederbefragung

889

890

Begründung

891

892

Wir fordern die Bundesspitze und die Basis der SPD zur Erneuerung der ältesten deutschen Partei auf. Wir fordern einen radikalen Kurswechsel in der Bundespolitik. Sollte dieser Wandel ausbleiben, werden wir wie unsere Schwesterparteien in Polen, Tschechien, Niederlanden oder Frankreich unweigerlich in der Bedeutungslosigkeit enden.

893

894

895

896

Die SPD muss sich auf ihre Wurzeln besinnen und wieder in eine linke, progressive Partei entwickeln. Eine Partei den Anspruch und Ideen hat, um dieses Land nachhaltig gerechter zu gestalten. Seit einem Jahr wird von der Bundes-SPD die Erneuerung der Partei beschworen - spüren tun das die Menschen allerdings weder innerhalb noch außerhalb der Partei. Unsere erfolgreiche Arbeit in Hessen und in Frankfurt wird seit Jahren durch das peinliche Lavieren der SPD auf Bundesebene torpediert. Die Politik der Bundes-SPD hat das Image der Partei so beschädigt, dass der Gewinn von Wahlen als SPD Gliederung unmöglich ist. Das Fortbestehen der Partei ist nur noch durch einen Austausch der gesamten Spitze, einen deutlichen politischen Kurswechsel, einer glaubwürdigen Abkehr von der Agenda 2010 und ein Ende der Großen Koalition abzuwenden. Andrea Nahles wollte den Beweis liefern, dass eine Erneuerung der Partei trotz Großer Koalition und Führung der Fraktion sowie Partei in Personalunion gelingen kann. Das letzte Jahr hat eindrucksvoll bewiesen, dass dieses Vorhaben gescheitert ist. Der Zustand der Partei hat sich stattdessen weiter verschlechtert. Der SPD-Bundesvorstand unter Andrea Nahles redet seit einem Jahr von Erneuerung, hat die Partei aber weiter in den Abgrund geführt. Die Politik der großen Koalition ist schlimmer, als von den Jusos befürchtet, eine Erneuerung in der Regierung ist unmöglich. Andrea Nahles und der Bundesvorstand müssen ihr Scheitern einsehen, die große Koalition verlassen und den Platz nun freimachen. Es ist die letzte Chance, um das Fortbestehen der SPD als Partei zu sichern.

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911

912